



Medienkonferenz des Referendums- und Abstimmungskomitees «Mediengesetz NEIN»,

Bundesmedienzentrum Bern, 5. Januar 2022:

Referat Dr. Philipp Gut, Geschäftsführer Komitee, Journalist

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich begrüsse Sie herzlich zur Medienkonferenz unsers Referendums- und Abstimmungskomitees «Mediengesetz NEIN». Es freut mich sehr, Sie heute hier begrüssen zu dürfen. Dass die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 13. Februar über das Mediengesetz abstimmen können, ist unserem Komitee aus Journalisten und Verlegern zu verdanken. Das ist kein Zufall: Denn auf dem Spiel stehen die Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit des Journalismus – und damit das Funktionieren unserer Schweizer Demokratie. Es ist deshalb äusserst wichtig, dass darüber eine demokratische Debatte stattfindet. Dass das Thema bewegt, hat bereits die Tatsache gezeigt, dass wir mitten in der Pandemie und über die Sommerferien gegen 118 000 Unterschriften gesammelt haben. Nun läuten wir heute den Abstimmungskampf ein. Dabei sind wir überzeugt: Diese Volksabstimmung ist eine der wichtigsten der letzten Jahre!

Die Problematik zeigt exemplarisch der Fall Ringier, den ich an Silvester im «Nebelspalter» publik gemacht habe. Ringier-CEO Marc Walder hat die Ringier-Redaktionen nach eigener Aussage weltweit angewiesen, in der Pandemie die jeweilige Regierung zu «unterstützen». Seither dominiert dieser Fall die Schlagzeilen. Dabei stellt es kein Medium – ob links oder rechts – ernsthaft in Abrede: Eine solch unverfrorene Komplizenschaft zwischen Staats- und Medienmacht gefährdet die demokratische Gewaltenteilung, die Checks and Balances zwischen Regierung, Parlament, Gerichten – und eben den Medien. So sagte Andreas Fahr, Professor für Mediennutzung und Medienwirkung an der Universität Freiburg, im Zusammenhang mit dem Fall Ringier und dem Mediengesetz auf «20 Minuten»: «Medien, als vierte Gewalt, sind ein wichtiger Teil jeder Demokratie. Sie haben die zentrale Aufgabe, Missstände in der Politik aufzudecken.» Sie dürften nicht zum Sprachrohr der Politiker werden, warnte Professor Fahr.



Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es dürfte allen klar sein, was es geschlagen hat – der Fall Ringier darf unter keinen Umständen Schule machen.

Eine breite Nein-Allianz unterstützt deshalb unsere Nein-Kampagne in diesem staats- und demokratiepolitisch so entscheidenden Abstimmungskampf. Um nur einige zu nennen: Alle bürgerlichen Parteipräsidenten von der SVP über die FDP bis zur Mitte und den Grünliberalen sagen Nein zum Mediengesetz. Ebenfalls Nein sagen die bürgerlichen Jungparteien inklusive der Jungen Mitte. Dazu sagen die wichtigsten Wirtschafts- und Gewerbeverbände Nein. Ausserdem sagen Leitmedien wie die NZZ Nein. Und schliesslich – nicht zu vergessen – unabhängige Linke wie die Politologin Regula Stämpfli oder der Journalist und Verleger Peter Knechtli aus Basel. Für sie alle ist es – quer durch die politischen Lager – ein absolutes No Go, die privaten Medien vom Staat abhängig zu machen.

Gerne zeigen wir Ihnen nun in der nächsten halben Stunde, wie unsere Kampagne aussieht und mit welchen Argumenten wir das unnötige und schädliche «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» bekämpfen. Für die französisch sprechende Schweiz werden wir am 13. Januar in Lausanne eine eigenständige Medienkonferenz abhalten. Auch das überparteiliche Parlamentarierkomitee (ebenfalls am 13. Januar) und das Journalistenkomitee (18. Januar) werden sich vorstellen und an die Öffentlichkeit wenden.

Zu unserer heutigen Medienkonferenz begrüsse ich jetzt die Teilnehmer auf dem Podium::

- **Peter Weigelt**, Präsident unseres Komitees, alt Nationalrat und Medienunternehmer.
- **Hans-Ulrich Bigler**, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes und ebenfalls ehemaliger Nationalrat
- **Thomas Minder**, Ständerat parteilos Schaffhausen, Unternehmer und Vater der Abzockerinitiative (zugeschaltet per Video)
- Last but not least: **Evelyn Motschi**, Mitglied unseres Komitees, Jungfreisinnige, Studentin der Rechtswissenschaften.

Ich übergebe nun das Wort an unseren Präsidenten Peter Weigelt.



Schlusswort

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen

Gerne möchte ich Ihnen nun Gelegenheit zu Fragen geben.

Zum Schluss möchte ich mich bei Ihnen, den anwesenden Journalistinnen und Journalisten, bedanken. Ihr Interesse zeigt, dass Sie die fundamentale Auseinandersetzung über die Rolle und die Bedeutung von unabhängigen Medien in unserer Demokratie aufnehmen. Der Tages-Anzeiger schrieb dazu: Die explosiven Aussagen von Ringier-Chef Walder könnten «auch Auswirkungen haben auf die eidgenössische Abstimmung über das Mediengesetz vom 13. Februar. Denn es geht um die Frage, wie unabhängig Journalismus in der Schweiz von der Politik ist.» Das trifft ins Schwarze, genau darum geht am 13. Februar. Wie wir Ihnen heute dargelegt haben, geht es um enorm viel – um viel Steuergeld, aber vor allem auch um das Funktionieren unseres demokratischen Systems mit einem glaubwürdigen, unabhängigen Journalismus. Damit dies so bleibt, kämpfen wir aus Überzeugung und mit aller Kraft für ein Nein zum unnötigen und staatspolitisch schädlichen neuen Mediengesetz am 13. Februar.